



Dokumentation



Auswahl von Bürgervertreter/innen für das Nationale Begleitgremium zum Standortauswahlverfahren für ein Endlager für insbesondere hochradioaktive Abfälle

Im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS)



Inhalt

Inhalt

Einführung und Kernergebnisse	3
Der Prozess im Überblick.....	4
Zufällige Auswahl der Bürger/innen	5
Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk.....	11
Treffen des Beratungsnetzwerkes.....	15
Bürgerempfehlungen.....	17
Ansprechpartner/innen und Bildnachweise.....	20



Einführung und Kernergebnisse

Endlagerkommission
mit Vorschlägen für
Endlagersuche

Die Suche nach einem Endlagerstandort mit bestmöglicher Sicherheit ist eine der zentralen Herausforderungen für die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle. Die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlagerkommission) hat Vorschläge für den Ablauf der Endlagerstandortsuche, Kriterien für die Auswahl eines sicheren Endlagerstandortes und die Beteiligung am Verfahren erarbeitet und im Juli 2016 vorgelegt. Erste Vorschläge zur Neuorganisation und Beteiligung hat der Bundestag bereits gesetzlich beschlossen.

Einrichtung
Nationales
Begleitgremium für
Endlagersuche

Zu diesen verabschiedeten Vorschlägen gehört die Einrichtung eines Nationalen Begleitgremiums (NBG) zur vermittelnden und unabhängigen Begleitung des Standortauswahlverfahrens. Das NBG besteht aus zunächst sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die von Bundestag und Bundesrat ernannt werden, und drei zufällig ausgewählten Bürger/innen – darunter ein/e Vertreter/in der jungen Generation.

Zufallsauswahl von
Bürgervertreter/-
innen

Damit im Zeitraum zwischen Bericht der Endlagerkommission und der Überarbeitung des StandAG kein Transparenz- und Beteiligungsvakuum entsteht, soll das NBG möglichst bald eingerichtet werden. Vor diesem Hintergrund war es ambitioniertes Ziel dieses Projektes, drei Bürgervertreter/innen im NBG durch zufällig ausgewählte Bürger/innen aus ganz Deutschland bis November 2016 zu bestimmen.

Kernergebnisse
Auswahlverfahren

Kernergebnisse des Projektes sind:

- Auf Basis einer Zufallsstichprobe wurden ca. 69.000 Telefongespräche in ganz Deutschland geführt, 571 Interessent/innen und daraus 123 Teilnehmerzusagen gewonnen.
- 118 Bürger/innen nahmen in vier regionalen Bürgerforen in Hamburg, Leipzig, Düsseldorf und München sowie einem Bürgerforum der jungen Generation in Kassel teil.
- In allen fünf Bürgerforen führten Expert/innen vom Bundesumweltministerium und vom Bundesamt für Strahlenschutz in die Endlagerstandortsuche ein. Vertreter/innen der Endlagerkommission berichteten zudem über ihre persönlichen Erfahrungen aus der Kommissionsarbeit.
- Die Bürger/innen in den Bürgerforen erarbeiteten Empfehlungen für die Arbeit der Bürgervertreter/innen im NBG und wählten in jedem Forum jeweils drei Frauen und drei Männer in ein Beratungsnetzwerk.
- Diese Empfehlungen wurden durch das gewählte 30-köpfige Beratungsnetzwerk am 5. und 6. November 2016 gebündelt und veröffentlicht.



Der Prozess im Überblick

- Das Beratungsnetzwerk hat bei diesem Treffen die drei Bürgervertreter/innen in geheimer Wahl mit absoluter Mehrheit gewählt – darunter eine Frau, einen Mann und eine Vertreterin der jungen Generation.
- Bundesumweltministerin Hendricks hat die drei gewählten Bürgervertreter/innen am 9. November 2016 benannt.

Der Prozess im Überblick

Nationales Begleitgremium für Endlagersuche

Nach dem StandAG hat die Bundesumweltministerin die Aufgabe, drei Bürger/innen für die Mitarbeit im Nationalen Begleitgremium (NBG) zu benennen, die zuvor in einem dafür geeigneten Verfahren der Bürgerbeteiligung nominiert worden sind.

ab 14. September	21-23. und 28.-30. Oktober	5./6. November	6. November	November/Dezember
Bürger/innen einladen	Bürgerforen	Beratungsnetzwerk	Bürgervertreter/innen	Nationales Begleitgremium
Zufallsauswahl von 120 Teilnehmenden - Querschnitt nach Alter und Geschlecht, die an fünf regionalen Bürgerforen teilnehmen (davon eines nur junge Generation).	Je 24 Bürger/innen lernen in fünf regionalen Foren das Verfahren zur Endlagersuche kennen und wählen das Beratungsnetzwerk.	30 gewählte Bürger/innen wählen die Bürgervertreter/innen für das Nationale Begleitgremium und unterstützen sie bei ihrer Arbeit.	3 gewählte Bürger/innen werden die Bürgervertreter/innen im Nationalen Begleitgremium für zunächst 3 Jahre.	Das Nationale Begleitgremium begleitet die Standortauswahl für ein Endlager vermittelnd und unabhängig.
				

Abbildung: Zeitlicher Ablauf bis zum ersten Treffen des Nationalen Begleitgremiums in 2016

Die Auswahl der Bürgervertreter/innen erfolgt in mehreren Phasen: In ganz Deutschland wurden zufällig Bürger/innen, darunter auch Vertreter/innen der jüngeren Generation, telefonisch kontaktiert und zu Bürgerforen eingeladen.

Aufgabe der fünf Bürgerforen

Ende Oktober fanden fünf Bürgerforen statt, von denen eines ausschließlich mit Vertreter/innen der jüngeren Generation (16-27 Jahre) besetzt war. In den Bürgerforen arbeiteten sich die Teilnehmenden in das Thema der Endlagersuche ein, gewannen Einblicke in die Rolle des Nationalen Begleitgremiums und formulierten Empfehlungen für die Arbeit der Bürgervertreter/innen im Nationalen Begleitgremium.

Des Weiteren wurden aus den Foren jeweils sechs Vertreter/innen für ein Beratungsnetzwerk gewählt (jeweils drei Frauen und drei Männer), das am ersten Novemberwochenende in Berlin tagte.



Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Regionale
Bürgerforen

Die Bürgerforen zum Nationalen Begleitgremium für die Endlagersuche fanden an folgenden Orten statt:

- Bürgerforum Süd - München (21. – 23. Oktober)
- Bürgerforum Ost - Leipzig (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum Jüngere Generation - Kassel (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum Nord - Hamburg (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum West - Düsseldorf (28. – 30. Oktober)

Beratungsnetzwerk

Das 30-köpfige Beratungsnetzwerk traf sich am 5. und 6. November in Berlin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und bündelte die Bürgerempfehlungen aus den Bürgerforen zu einem gemeinsamen Empfehlungspapier. Sie wählten drei Mitglieder aus ihrer Mitte als Bürgervertreter/innen für das NBG.

Drei Bürger/innen
im Nationalen
Begleitgremium

Ausblick: Die Benennung der drei gewählten Bürger/innen erfolgt zunächst für drei Jahre und kann anschließend zweimal verlängert werden. Für das Nationale Begleitgremium hat das BMUB eine Geschäftsstelle beim Umweltbundesamt in Berlin eingerichtet. Das Beratungsnetzwerk kann den gewählten Bürgervertreter/innen Rückhalt geben. Die konkrete Ausgestaltung der Vernetzung erfolgt in Abstimmung mit dem NBG im weiteren Verfahren.

Das Projekt wurde von IKU_Die DIALOGGESTALTER GmbH durchgeführt.

Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Gründe für
telefonische
Zufallsauswahl

Auswahl des Verfahrens zur Teilnehmergewinning

Es wurde eine telefonische Zufallsauswahl durchgeführt. Dafür sprachen folgende Gründe:

- Das Verfahren ermöglicht über den unmittelbaren telefonischen Kontakt zu möglichen Interessenten eine effiziente und direkte Steuerung der Teilnehmergewinning mit Blick auf die gewünschte Mischung nach Alter und Geschlecht.
- Entscheidender Vorteil im Vergleich zu anderen Formen der Zufallsauswahl wie z.B. über das Einwohnermelderegister war der Faktor Zeit. Die Zeitriskien bei einer Teilnehmergewinning über Melderegister sind sehr hoch (z.B. Ausfallrisiken, Reaktionszeiten von Einwohnermeldeämtern u. a.). Mit der Variante Telefonzufallsauswahl bot sich eine realistische Chance, den ehrgeizigen Zeitplan bis zur Benennung der drei Zufallsbürger Anfang November 2016 einzuhalten.
- Über eine Telefonauswahl ist es wahrscheinlicher, dass auch die jüngere Generation erreicht wird.



Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Telefonische Zufallsauswahl

Ziel: Querschnitt der Bevölkerung

Die Bürger/innen wurden nach einem anerkannten sozialwissenschaftlichen Verfahren per Zufall ausgewählt. Das Ziel der Zufallsauswahl war es, einen Querschnitt der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter abzubilden. Eine repräsentative Abbildung der Bevölkerung durch die Zufallsauswahl war wegen der geplanten Teilnehmerzahl von etwa 120 nicht das Ziel.

Die Altersgruppe der 16-27jährigen war dem Bürgerforum mit der jüngeren Generation vorbehalten. Die Aufteilung der vier regionalen Bürgerforen orientierte sich an vier Altersgruppen: 28-34jährige, 35-50jährige, 51-64jährige, über 65jährige. Als Orientierungsgröße mit Blick auf eine gute Arbeitsfähigkeit wurden für die Workshops 24 Teilnehmende pro Forum anvisiert plus zwei zusätzliche Teilnehmende, falls es kurzfristige Absagen gibt. In den fünf Foren sollten die Geschlechter möglichst ausgewogen vertreten sein und alle vier Altersgruppen abgebildet werden.

Zufallsauswahl durch Bamberger Universitätsinstitut

Das Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) an der Universität Bamberg hat im Auftrag der IKU GmbH im Zeitraum vom 14. September 2016 bis zum 25. Oktober 2016 Bürger/innen mittels einer Zufallsstichprobe deutschlandweit telefonisch kontaktiert. Bei Interesse wurden von den Bürger/innen die notwendigen Kontaktinformationen aufgenommen (Name, Alter, Bundesland, E-Mail-Adresse und/oder postalische Anschrift). Im Anschluss daran bekamen die Interessent/innen per E-Mail oder Post weiterführende Informationen zu den Bürgerforen und dem Nationalen Begleitgremium.

Informationen für Interessent/innen

Die Interessent/innen hatten die Möglichkeit sich entweder postalisch, per Fax oder E-Mail mittels eines beigefügten Anmeldebogens oder alternativ online mit einem persönlichen Passwort verbindlich für die Veranstaltung anzumelden. Nach Eingang der verbindlichen Anmeldung bekamen die Teilnehmer/innen mit ihrer Teilnahmebestätigung weitere Informationen zur Veranstaltung, zum Veranstaltungsort, zur Anreise und Hintergrundinformationen zur Endlagersuche.

Zufallsstichprobe Telefonnummern: Festnetz und Mobilfunk

Als Ausgangsbasis der zufälligen Auswahl von Teilnehmer/innen diente eine Zufallsstichprobe von Telefonanschlüssen. Die Bruttostichprobe bestand aus Festnetz- und Mobilfunkanschlüssen. Beide Stichproben wurden nach dem Gabler-Häder-Verfahren^[1] gezogen, das sich für das Random-Digit-Dialing (RDD) Verfahren in Deutschland etabliert hat. Die Stichproben wurden direkt vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften angefordert. Hierbei werden Zufallszahlen generiert, die im Wesentlichen alle geschalteten Rufnummern abbilden (darüber hinaus allerdings auch nicht geschaltete). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass jede Person der

[1] Gabler-Häder-Verfahren, benannt nach Dr. Siegfried Gabler und Dr. Sabine Häder, zwei Wissenschaftlern vom GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, einer öffentlichen Einrichtung zur Förderung der empirischen Forschung in Deutschland. (vgl. Gabler, Siegfried und Sabine Häder (Hrsg.): Telefonstichproben. Methodische Innovationen und Anwendungen in Deutschland. Münster 2002).



Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Zufallsstichprobe erfasst alle telefonisch erreichbaren Haushalte

Grundgesamtheit dieselbe Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen. Nur so lassen sich statistisch repräsentative Ergebnisse erzielen, die es erlauben, die Ergebnisse einer Befragung der Stichprobe zu verallgemeinern, also auf die Grundgesamtheit zu übertragen. Diese Art der Stichprobengenerierung erfasst alle telefonisch erreichbaren Haushalte und Einzelpersonen, darunter auch solche mit nicht gelisteten Telefonnummern.

Mobilfunk-Stichprobe für Gewinnung der jungen Generation

Dieser dual-frame Ansatz mit der Mobilfunkkomponente sorgt ferner dafür, dass auch Bevölkerungsteile, die mittlerweile vor allem oder ausschließlich per Mobilfunk erreicht werden können, in der Stichprobe enthalten sind. Für das Projekt war die Einbeziehung der Mobilfunknummern besonders wichtig, da Jugendliche im Alter bis 25 Jahren per Festnetz nur noch zu ca. 65 Prozent erreichbar sind, während man praktisch alle in dieser Altersgruppe per Mobilfunk erreichen kann.

Zusammensetzung der Stichprobe

Ausgeglichenes Verhältnis Mobilfunk zu Festnetz

Insgesamt wurden 143.579 (Brutto) Nummern in die Wähleinrichtung von BACES importiert. Davon wurden 117.266 (Netto) mindestens einmal angerufen. Das Verhältnis von Mobil- zu Festnetzzurufnummern in der Nettostichprobe war nahezu ausgeglichen und lag bei 49 zu 51% zugunsten der Festnetznummern. Der relativ hohe Anteil an Mobilnummern wurde gewählt, um die spezifische Zielgruppe für das Bürgerforum in Kassel (16-27-jährige) gezielt ansprechen zu können.

58 % „kein Anschluss“ oder Anrufbeantworter

47.918 (41%) Nummern in der Nettostichprobe wurden überwiegend durch die Wählvorrichtung oder durch die Interviewer als „kein Anschluss“ verbucht. Daneben beinhaltet diese Zahl auch Unterbrechungen der Wählvorrichtung. 26.193 (18%) angerufene Probanden verweigerten direkt die Teilnahme an einem der Bürgerforen. Insgesamt wurden innerhalb der Nettostichprobe 146.727 Anrufe abgesetzt. Eine Nummer wurde also im Schnitt 1,25-mal angerufen. Der Anteil der Anrufbeantworter bei den abgesetzten Anrufen lag bei 17% - auch wegen des hohen Anteils an Mobilnummern in der Nettostichprobe.

Verteilung der Festnetznummern auf alle Bundesländer

Insgesamt wurden über den Projektverlauf hinweg 23 Sätze an Nummern importiert. Bei den ersten Nummernimporten wurde auf eine proportionale Verteilung der Festnetznummern auf die Bundesländer geachtet (gemessen am Bevölkerungsanteil). Im weiteren Projektverlauf wurden die Importe dem tatsächlichen Bedarf an Interessenten in den verschiedenen Regionen angepasst. Daraus ergibt sich die nicht genaue Gleichverteilung der Nummern auf die Regionen. So fiel es beispielsweise in der Region Ost schwerer, Interessenten und im späteren Projektverlauf Frauen für die Bürgerforen zu gewinnen.

Die folgende Tabelle gibt die Anzahl der kontaktierten Festnetznummern pro Region wieder. Die Prozentwerte veranschaulichen die relative Häufigkeit in Bezug auf die Gesamtzahl der kontaktierten Festnetznummern. In einigen Fällen ließ sich aufgrund der Vorwahl keine eindeutige Zuordnung zu einem Bundesland vornehmen. Es war jedoch möglich, diese Nummern zumindest einer Region zuzuordnen. Eine regionale Zuordnung der Mobilnummern ist nicht möglich.



Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Anzahl kontaktierte
Festnetznummern

Region	Festnetz- nummern	Anteil	Bevölkerungs- anteil
Nord	15.417	26 %	16,1 %
Ost	17.480	29 %	19,6 %
Süd	12.412	21 %	28,9 %
West	14.254	24 %	35,4 %
Gesamt	59.563	100 %	100 %

Ergebnisse der Zufallsauswahl

571
Interessent/innen

Insgesamt wurden 571 Interessent/innen per Telefon gewonnen. 377 (66%) davon entfallen auf die Festnetzstichprobe. Über Mobilanschlüsse wurden 194 Interessenten (34%) gewonnen. Die Interessent/innen wurden je nach Wunsch per Mail oder Post angeschrieben und informiert. Sie wurden bis zu zwei Mal schriftlich und auch telefonisch an das Anschreiben erinnert. Somit ließen sich aus den 571 Interessent/innen 162 Zusagen gewinnen, was einer Rücklaufquote von 28% entspricht. 51 Zusagen entfielen dabei auf Mobil- und 111 auf Festnetzanschlüsse. Der Quotenplan hinsichtlich Alter und Geschlecht erforderte es, einige Zusagen auf eine „Warteliste“ zu setzen. Es fand in einigen Fällen aufgrund spontaner Absagen eine Nachbesetzung mit Personen von der Warteliste statt.

Anmeldequote 28 %

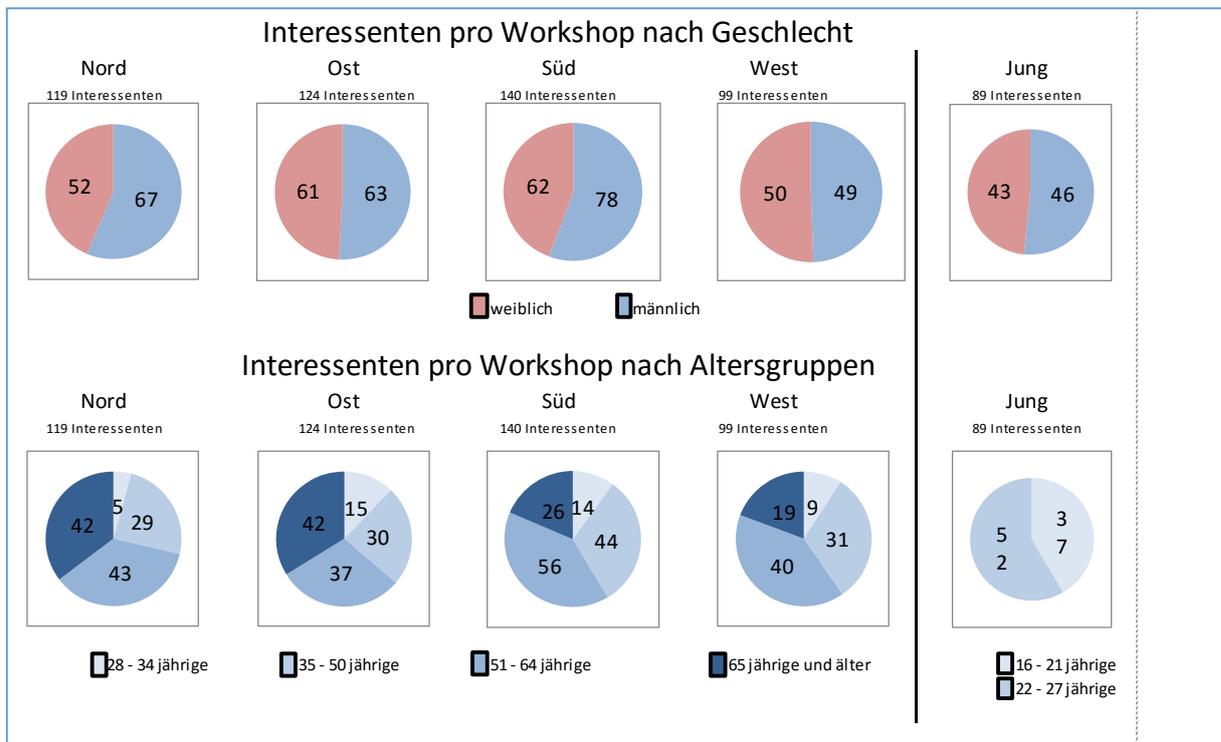
Die Kennzahlen der telefonischen Zufallsauswahl auf einen Blick:

Stichprobengröße	143.579
Angerufen (Netto)	117.266
Tatsächliche Gespräche	69.186
Davon direkte Absagen	26.193
Interessenten (0,8% der tatsächlichen Gespräche)	571
Davon Absagen	174
Davon Zusagen (28% der Interessenten)	162
Warteliste	29



Zufällige Auswahl der Bürger/innen

Die Interessent/innen verteilten sich nach Geschlecht und Alter folgendermaßen auf die fünf Bürgerforen:



Resonanz junge Generation

Da besonders die Anzahl der Interessent/innen aus der jüngeren Generation – und im nächsten Schritt auch ihre Teilnehmerquote – deutlich hinter den weiteren Altersgruppen zurückblieb, wurde frühzeitig eine Zielanpassung vorgenommen: alle Interessent/innen von 16-27 Jahren wurden nur noch für das Bürgerforum der jüngeren Generation angesprochen.

Quotensteuerung zugunsten Frauen

Hinsichtlich des Ziels, bei den Foren möglichst eine ausgewogene Geschlechter- und Altersverteilung zu erreichen, ergab sich folgender Steuerungsbedarf:

- Verstärkte Gewinnung von Frauen für das Bürgerforum Ost und das Bürgerforum West und das
- Schließen der Teilnehmerliste mit Blick auf Männer der ältesten Generation bei den Bürgerforen Nord und Ost

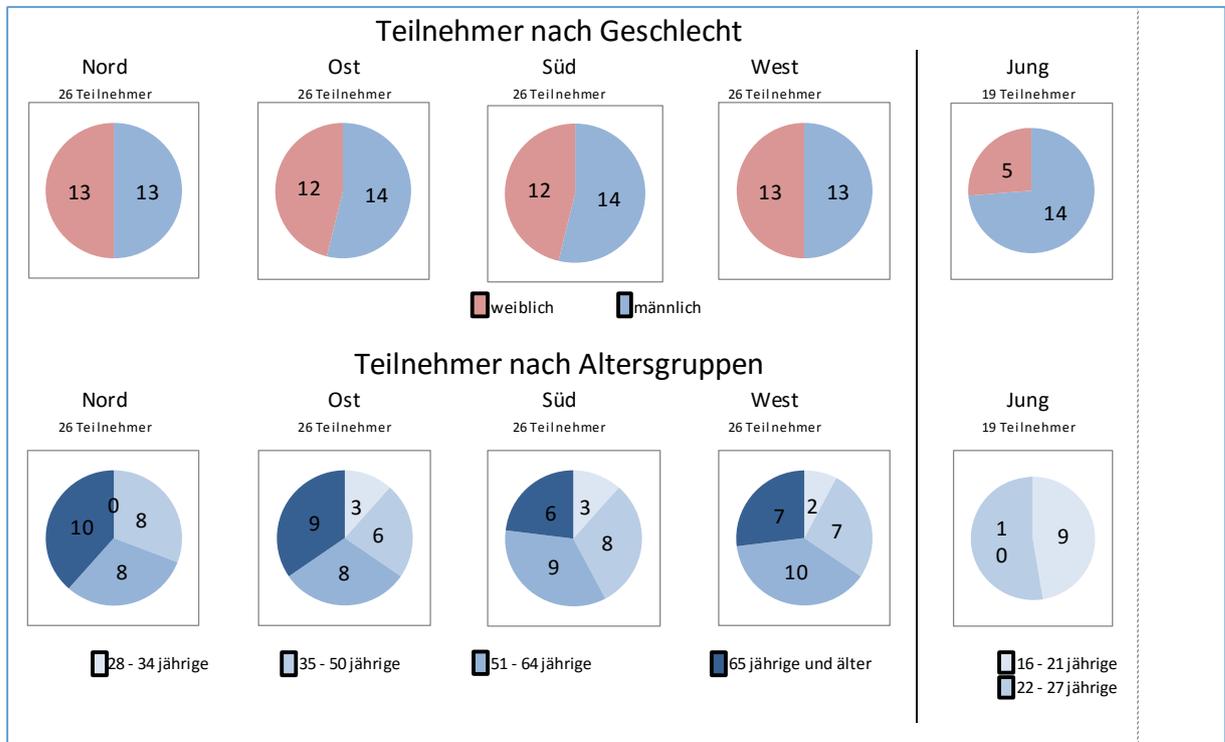
Warteliste mit älteren Männern

Um eine ausgewogene Geschlechterverteilung in den regionalen Bürgerforen sicherzustellen, wurden deshalb 29 Männer ab 65 Jahren auf eine Warteliste gesetzt.



Teilnehmende der Bürgerforen

An den fünf Bürgerforen nahmen Bürger/innen aus Deutschland mit folgender Zusammensetzung teil:



Geschlechterverteilung bei regionalen Bürgerforen

Bei allen regionalen Bürgerforen ist es gelungen, eine fast durchgehend ausgewogene Geschlechterverteilung herzustellen. Bei der Altersverteilung waren fast überall alle vier Altersgruppen vertreten. Eine Ausnahme bildete das Bürgerforum Nord in Hamburg, wo die Generation bis zu den 34jährigen nicht vertreten und dafür die älteste Generation ab 65 am stärksten präsent war.

Junge Frauen waren schwer zu gewinnen

Erfahrungsgemäß stellt die jüngere Generation die größte Herausforderung bei der Teilnehmergewinnung durch Zufallsverfahren bei informeller Bürgerbeteiligung dar. Auch diesmal konnten nur 19 Vertreter/innen für das Bürgerforum gewonnen werden. Auffällig waren zwei Werte:

1. Die deutlich niedrigere Anmeldequote der jüngeren Generation: nur 19 % der Interessenten/innen haben sich angemeldet. Im Durchschnitt lag die Anmeldequote zu allen Bürgerforen bei 28 %.
2. Die geringe Resonanz bei Frauen der jüngeren Generation. Ihre Anmeldequote lag am Ende bei 11,6 %.

Junge Männer vollzählig dabei

Der hohe Einsatz von Stichproben aus dem Mobilfunknetz (49% der Zufallsstichprobe) und die Konzentration der Interviewer-Kapazitäten von BACES auf die junge Generation machte es möglich, dass am Ende die Männer der jungen Generation mit der gewünschten Anzahl am Bürgerforum in Kassel teilnahmen.



Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk

Wenige Tage vor der Veranstaltung waren insgesamt acht Frauen angemeldet, von denen aber drei kurzfristig absagten. Absagegründe waren Einzelfallbegründungen und bieten deshalb keine aussagekräftige Erklärung für die Differenz zwischen jungen Männern und jungen Frauen.

Fazit zur Teilnehmergewinnung

Die Erfahrungen mit der telefonischen Zufallsauswahl bestätigen die gewählte Methode. Mit dem breiten Einsatz von Stichproben aus dem Mobilfunknetz konnte die jüngere Generation erreicht werden - trotz der Abstriche bei der Gewinnung von jungen Frauen.

Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk

Ziele und Orte der Bürgerforen

Die regionalen Bürgerforen waren ein zentraler Baustein im Projektablauf. Zum einen kamen hier die zufällig ausgewählten Bürger/innen zusammen, um ihre Vertreter/innen in das Beratungsnetzwerk zum Nationalen Begleitgremium zu wählen (jeweils drei Männer und drei Frauen).

Zum anderen informierten sich die Teilnehmenden im Rahmen der Foren über die Endlagerstandortsuche, erörterten gemeinsam wichtige Fragestellungen für das Nationale Begleitgremium und erarbeiteten Empfehlungen für die Bürgervertreter/innen im Nationalen Begleitgremium. In diesem Sinne startete hier also auch die Qualifizierungsaufgabe der Bürgervertreter/innen, die später im Beratungsnetzwerk fortgesetzt wurde.

Die Orte für die Bürgerforen wurden unter folgendem Gesichtspunkt ausgewählt: Verkehrstechnische Erreichbarkeit für die Bürger/innen aus umliegenden Regionen und kurzfristige Verfügbarkeit eines geeigneten Veranstaltungsortes (mit Blick auf die räumlichen Anforderungen für die Foren selbst und die Übernachtung der Teilnehmenden). Die Bürgerforen fanden an folgenden Orten statt:

- Bürgerforum Süd - München (21. – 23. Oktober)
- Bürgerforum Ost - Leipzig (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum Jüngere Generation – Kassel (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum Nord - Hamburg (28. – 30. Oktober)
- Bürgerforum West - Düsseldorf (28. – 30. Oktober)

Bürgerforen als zentraler Baustein im Projektverlauf

Orte: gut erreichbar für Teilnehmende und ausreichende Kapazitäten



Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk

Ablauf der Bürgerforen

Diskursive und eigenverantwortliche Arbeitsweise

Die Foren starteten jeweils am Freitagabend um 18 Uhr und endeten am Sonntagmittag um 13 Uhr. Das Konzept für den Ablauf setzte insgesamt auf eine diskursive, eigenverantwortliche Arbeitsweise der Bürger/innen.



Bürgerforum Junge Generation

Nicht nur für die Erarbeitung der Bürgerempfehlungen, auch bei der Informationsvermittlung wurden dialogfördernde Formate eingesetzt (z.B. Experteninterviews und Info-Markt), die den Teilnehmenden nicht nur eine Wissensaneignung mit unmittelbarer Rückfragemöglichkeit bot, sondern zusätzlich den Diskurs der Teilnehmenden untereinander förderte.

Erste Informationen zum Prozess

Nach dem Kennenlernen fand ein erster Informationsblock am Freitagabend statt. Dieser zielte vor allem auf wichtige Verfahrensaspekte und wurde in Form eines Expert/innen-Interviews gestaltet. Die Expert/innen gaben Antworten auf folgende Fragen:

- Status Quo der Standortsuche: Wo stehen wir heute? Was sind die nächsten Schritte?
- Wozu ein Nationales Begleitgremium (NBG)? Was ist die Aufgabe des NBG?
- Warum sollen Bürger/innen im NBG mitwirken? Was kommt auf sie zu?
- Vorgehen Teilnehmer-Gewinnung: Warum Zufallsbürger?
- Wünsche an das Forum: Ein Blick auf Sonntagmittag: Was sollte bis dahin erreicht werden?

Die Teilnehmenden stellten viele Rückfragen. Diese betrafen in einigen Foren vor allem auch die Gremienstruktur bzw. die Verantwortlichkeiten (Wer ist bei der Endlagersuche wofür zuständig?). Die Bürger/innen konnten sich bereits am Freitagabend für die Wahl der Bürgervertreter/innen für das Beratungsnetzwerk bewerben.



Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk

Am Samstagvormittag fand ein Infomarkt statt. Zur Einstimmung sahen die Teilnehmenden den Kurzfilm „Endlagerung – ein Blick in die Zukunft“ aus der Ausstellung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS).



Bürgerforum Süd

An folgenden Themenständen erhielten die Teilnehmenden Informationen rund um die Standortsuche für ein Endlager:

- Welche radioaktiven Abfälle gibt es? Wo kommen sie her, wo lagern sie?
- Übersicht Schachtanlagen plus Kurzfilm „Gorleben - ein Rückblick“ aus der BfS-Ausstellung
- Standortauswahlverfahren Endlagersuche
- Von der weißen Landkarte zu einem Standort: Ausschluss- und Abwägungskriterien sowie Mindestanforderungen
- Die Endlagerkommission und ihre Arbeit
- Das Nationale Begleitgremium

Zwei Expert/innen vom BfS und BMUB erörterten die Themenschwerpunkte, Info-Poster an Pinnwänden illustrierten die Sachverhalte. Eine Multimediaausstellung des BfS lieferte zusätzliche Informationen auf einem Bildschirm – insbesondere zum internationalen Stand der Endlagersuche. Die Teilnehmenden konnten direkt an den Themenständen Rückfragen stellen.

Das Vorgehen wurde von den Teilnehmenden positiv bewertet. Viele äußerten Interesse daran, das Material zu erhalten, um auch in ihrem eigenen Umfeld weitere Informationsarbeit zu leisten.

Im Gespräch mit ehemaligen Kommissionsmitgliedern

Am Samstag nach dem Mittagessen fand ein Gespräch mit ehemaligen Mitgliedern der Endlagerkommission statt. Zu jedem Forum war mindestens ein Mitglied angereist, um den Teilnehmenden einen persönlichen Erfahrungsbericht zu geben und für Fragen zur Verfügung zu stehen.



Qualifikation in den Bürgerforen und Wahl der Bürgervertreter/innen in das Beratungsnetzwerk

Empfehlungen der Bürger/innen

Auch dieser Programmpunkt wurde von den Teilnehmenden positiv aufgenommen und aktiv genutzt.

Am Samstag startete außerdem die Arbeit der Bürger/innen an Bürgerempfehlungen für die Bürgervertreter/innen im NBG, die in kleinen Runden erarbeitet wurden (Tischgruppen mit fünf bis sechs Personen).



Bürgerforum West

Die Leitfragen für die Dialogrunden waren:

- Welche Themen/Fragen könnten aus Sicht der Bürger/innen auf das Nationale Begleitgremium zukommen?
- Welche Wünsche und Erwartungen werden an die Bürgervertreter/innen im Nationalen Begleitgremium gestellt?
- Wie können mögliche Hürden für Bürgervertreter/innen genommen werden?
- Wie kann das Beratungsnetzwerk das Nationale Begleitgremium unterstützen?

Die Bürger/innen sicherten ihre Ergebnisse eigenständig (in schriftlicher Form auf Dokuportern).

Am Samstag stellten sich zudem alle Wahlkandidat/innen im Rahmen einer kurzen „Wahlrede“ vor.



Treffen des Beratungsnetzwerkes



Bürgerforum Nord

Die Wahl der Bürgervertreter/innen

Ergebnis: Sechs
Bürgervertreter/
innen pro Forum

Die Wahl der Bürgervertreter/innen fand nach folgendem Wahlprozedere statt:

1. Es werden sechs Bürger/innen in das Beratungsnetzwerk gewählt, davon drei Männer und drei Frauen.
2. Jeder Teilnehmende hat sechs Stimmen, davon drei für die männlichen Kandidaten und drei für die weiblichen Kandidatinnen. Er/Sie muss nicht alle Stimmen einsetzen.
3. Wenn es für ein Geschlecht nur drei Kandidat/innen gibt, findet für diese keine Wahl statt (Bestätigung per Akklamation).
4. Die Wahl erfolgt geheim, die Auszählung offen im Plenum.

Im Ergebnis wurden in allen Foren drei Bürgervertreterinnen und drei Bürgervertreter mit relativer Mehrheit in das Beratungsnetzwerk gewählt bzw. per Akklamation bestätigt. Eine Bestätigung per Akklamation fand in Leipzig für die Männer und in Kassel für die Frauen statt.

Treffen des Beratungsnetzwerkes

Beratungsnetzwerk
am 5./6.11.2016

Am 5./6. November 2016 kam das 30-köpfige Beratungsnetzwerk in Berlin zusammen. Die Teilnehmenden erhielten weiterführende Informationen zur Gremienstruktur bei der Endlagersuche und zu den Empfehlungen der Endlagerkommission mit Blick auf die Bürgerbeteiligung im weiteren Verfahren.



Treffen des Beratungsnetzwerkes



Beratungsnetzwerk

Finalisierung der
Bürgerempfeh-
lungen

Das Beratungsnetzwerk finalisierte die Bürgerempfehlungen aus den Bürgerforen. Der Prozess dazu war so angelegt, dass die Teilnehmenden keine neuen, zusätzlichen Empfehlungen erarbeiteten, sondern mit den Empfehlungen aus den Foren arbeiteten und diese auf Plausibilität und Verständlichkeit prüften. Wenn Fragen zu einzelnen Punkten auftraten, erörterten die Vertreter/innen aus den jeweiligen Foren, was ihr Forum damit gemeint hatte bzw. wie dieser Aspekt dort diskutiert wurde. Am Ende dieser Redaktion standen gemeinsame „Bürgerempfehlungen für die Arbeit der Bürger/innen im NBG zur Endlagersuche“ aus allen fünf Bürgerforen.

Wahl der 3
Bürgervertreter/
innen im NBG

Ein Kernelement des Treffens war die Wahl der drei Bürgervertreter/innen für das NBG. Die Wahl fand in drei Wahlgruppen statt: Männer, Frauen und Vertreter/innen der jüngeren Generation. Jeder hatte eine Stimme pro Wahlgruppe. Gewählt war, wer eine absolute Mehrheit erhielt. Es stellten sich mit insgesamt 15 Teilnehmenden die Hälfte des Beratungsnetzwerkes zur Wahl. Allen Kandidat/innen konnten sich mit einer kurzen Wahlrede für die Aufgabe im NBG bewerben. Im ersten Wahlgang jeder Gruppe erreichten jeweils zwei Kandidat/innen mit relativer Mehrheit die Stichwahl.

Die Entscheidung fiel dann in jeder Wahlgruppe im zweiten Wahlgang: das Beratungsnetz wählte mit absoluter Mehrheit eine Frau, einen Mann und eine Vertreterin der jüngeren Generation für das NBG aus.

Die Bürgervertreter/innen wurden mit Schreiben vom 09. November 2016 von Bundesumweltministerin Hendricks für den Zeitraum vom 01. Dezember 2016 bis 30. November 2019 als Mitglieder des Nationalen Begleitgremiums benannt.



Bürgerempfehlungen

Inhalte der
Bürgerempfeh-
lungen

Die Leitfragen aus den Dialogrunden in den Bürgerforen bildeten auch den Rahmen für die Bürgerempfehlungen:

- Welche Themen/Fragen könnten aus Sicht der Bürger/innen auf das Nationale Begleitgremium zukommen?
- Welche Wünsche und Erwartungen werden an die Bürgervertreter/innen im Nationalen Begleitgremium gestellt?
- Wie können mögliche Hürden für Bürgervertreter/innen genommen werden?
- Wie kann das Beratungsnetzwerk das Nationale Begleitgremium unterstützen?

Nachfolgend sind die Bürgerempfehlungen zusammenfassend dargestellt. Die Ergebnisse aus der ersten Dialogrunde „Themen und Fragen, die aus Sicht der Bürger/innen auf das NGB zukommen können“ wurden in der Zusammenfassung ausgespart, weil sie als Sammlung von Themen/Fragen für sich stehen. Die Bürgerempfehlungen können im Original nachgelesen werden unter www.bmub.bund.de/N53809/

Erwartungen und Wünsche an die Bürgervertreter/innen im NGB

Wünsche und
Erwartungen an
Bürgervertreter/
innen im NGB

Unter wünschenswerten Fähigkeiten von Bürgervertreter/innen nannten die Bürgerforen eine Vielzahl von Eigenschaften, beispielsweise Ehrlichkeit, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit und ein sicheres Auftreten. Um die zukünftigen Aufgaben angemessen zu bewältigen, brauche es sowohl Engagement und Lernbereitschaft als auch Zuverlässigkeit und Ausdauer. Man wünsche sich von den Bürgervertreter/innen eine hohe Identifikation mit der Aufgabe und Arbeit im NGB. Nicht zuletzt müssten zeitliche Kapazitäten vorhanden sein und investiert werden.

In den Bürgerempfehlungen nahmen Unabhängigkeit und Neutralität der Bürgervertreter/innen einen großen Stellenwert ein. Die Bürgervertreter/innen sollten sich allparteilich zeigen. Alle Anfragen, unabhängig der Inhalte oder des Absenders, müssten gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Arbeit des NGB und der einzelnen Mitglieder solle transparent dargestellt werden.

Beim Umgang mit Konflikten wird von den Bürgervertreter/innen die Bereitschaft erwartet, andere Meinungen, Fragen und Anliegen zu hören und diesen mit hoher Offenheit zu begegnen. In Konfliktsituationen sollte das NGB Unvoreingenommenheit und Ergebnisoffenheit bewahren. Dennoch müssten die Mitglieder bestrebt sein, Kompromisse und Möglichkeiten für Konsense zu suchen und zu tragen.

Insgesamt sei die Vertretung der Interessen von Bürger/innen eine Kernaufgabe für die Bürgervertreter/innen und das NGB. Dabei seien nicht nur die Anliegen von regional oder lokal Betroffenen wichtig, vielmehr stehe



Bürgerempfehlungen

die gesamte Bevölkerung im Fokus. Als Ansprechpartner/innen für interessierte Bürger/innen sei es Aufgabe des NBG, für Verständnis für die grundsätzliche Notwendigkeit des Vorhabens zu werben und zwischen Bürger/innen und Politik zu vermitteln. Dazu gehöre auch die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne von „Fragen einsammeln“. Zentrale Ergebnisse, Gremienentscheidung und Antworten auf Bürgerfragen müssten öffentlich und transparent gemacht werden. Dabei komme es auf eine laienverständliche Information an.

Hilfestellung bei Hürden und Problemen der Bürgervertreter/innen im NBG

Hilfestellung bei
Hürden und
Problemen

Die Komplexität der zukünftigen Aufgaben für Bürgervertreter/innen berge aus Sicht der Bürgerforen das Risiko in sich, persönliche zeitliche Ressourcen zu überfordern. So müssten die inhaltliche Einarbeitung und die Teilnahme an Terminen mit Familie, Beruf und eigenen Lebensumständen vereinbar bleiben. Dafür solle die Geschäftsordnung das Aufgabenspektrum klar beschreiben. Die Bürgervertreter/innen sollten zudem Kompetenzen und Ressourcen der Geschäftsstelle intensiv nutzen. Eine bezahlte Freistellung erweitere die zeitlichen Möglichkeiten. Dennoch müsse ein Rücktritt einer/s Bürgervertreter(s)/in aus persönlichen Gründen möglich sein.

Aus der fehlenden Erfahrung der Bürgervertreter/innen mit politischen Prozessen könnte eine schwache Stellung innerhalb des NBG und eine fehlende Akzeptanz bei externen Autoritätspersonen resultieren. Um die Kompetenzen und somit die Rolle der Bürgervertreter/innen im NBG zu stärken, werden Coachings und Trainings vorgeschlagen. Zudem könnte eine Rückkopplung mit dem Beratungsnetzwerk den Einfluss der Bürgervertreter/innen stärken. Sollte bei Streitfragen innerhalb des Gremiums kein Konsens gefunden werden, empfehlen die Bürgerforen interne Dialoge, um Fronten zu bereinigen und Lösungen auszuloten.

Eine weitere Sorge betrifft Kritik oder persönliche Angriffe aus der Öffentlichkeit, denen Bürgervertreter/innen ausgesetzt sein könnten. In diesem Fall sollten die Betroffenen sich ihrer Rolle bewusstwerden – die einer/s Vermittler(s)/in und Kommunikator(s)/in. Zu dieser Rolle zähle nicht, selbst fachliche Fragen zu beantworten oder inhaltliche Position zu beziehen. Zudem erhoffen sich die Bürgerforen Unterstützung für die Bürgervertreter/innen z.B. über das Beratungsnetzwerk.

Als eine Herausforderung in der Arbeit des Nationalen Begleitgremiums wird die Beschaffung und Vermittlung von Informationen gesehen: Wie wird ein transparentes Verfahren und ein Zugang zu allen Informationen gewährleistet? Welche Möglichkeiten hat das NBG sich im Zweifel Gehör zu schaffen? Informationen sollten konsequent eingefordert werden, die Kommunikation zur Öffentlichkeit selbständig in den Händen des NBG liegen. Dafür existieren verschiedene Methoden der Kommunikation (Dialog-Plattform, Social Media, Pressemitteilungen, Nutzung von Persönlichkeiten usw.), die Informationen verständlich vermitteln und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen können. Damit das NBG diese Aufgaben übernehmen könne, brauche es die nötigen Finanzmittel.



Bürgerempfehlungen

Unterstützung über
das Beratungs-
netzwerk

Unterstützung des NBG durch das Beratungsnetzwerk

In einer informellen Struktur soll das Beratungsnetzwerk dem Nationalen Begleitgremium erhalten bleiben. Grundsätzlich sehen die Bürger/innen im Netzwerk, speziell für die Bürgervertreter/innen, eine Unterstützungsfunktion. Insbesondere bei strittigen Fragen könnten so Rückmeldungen und Beratung erbeten werden, um die Entscheidungsfindung zu unterstützen. Durch die Einbindung des Beratungsnetzwerkes erhoffen sich die Bürgerinnen und Bürger zudem eine höhere Glaubwürdigkeit für das NBG. Die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes könnten zudem die Kommunikation zur Öffentlichkeit unterstützen – indem sie einerseits als Multiplikator Wissen in die Öffentlichkeit verbreiten, andererseits Fragen und Anmerkungen aus der Öffentlichkeit an das Nationale Begleitgremium weiterleiten.

Damit das Beratungsnetzwerk diese Anforderungen erfüllen könne, brauche es den schriftlichen und persönlichen Austausch zu aktuellen Themen und Fragestellungen. Emails, ein „Online-Netzwerk“ mit der Dokumentation von Prozess und Inhalten sowie regelmäßige Sitzungen zwischen Nationalem Begleitgremium und Beratungsnetzwerk sollen dies ermöglichen. Sollte sich der zeitliche Aufwand für die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes erhöhen, brauche es eine finanzielle Unterstützung.

Neben der Unterstützungsfunktion sollte das Beratungsnetzwerk im Sinne einer Auskunftspflicht auch Informationen einfordern dürfen. Zudem kann eine Nachrekrutierung aus dem Beratungsnetzwerk erfolgen, sollten die gewählten Bürgervertreter/innen ihre Aufgabe im Nationalen Begleitgremium nicht mehr wahrnehmen können.

Aufgaben, Rechte und Pflichten des Beratungsnetzwerkes sollten in der Geschäftsordnung des Nationalen Begleitgremiums klar beschrieben werden.



Ansprechpartner/innen und
Bildnachweise

Ansprechpartner/innen und Bildnachweise

Durchführung und Moderation der Auswahl der Bürgervertreter/innen für das Nationale Begleitgremium zum Standortauswahlverfahren für ein Endlager

Im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz

IKU_DIE DIALOGGESTALTER

Olpe 39

44135 Dortmund

Telefon: +49 2319311030

Internet: www.dialoggestalter.de

Ansprechpartner/in: Bianca Bendisch und Andreas Kleinsteuber
bendisch@dialoggestalter.de, kleinsteuber@dialoggestalter.de

Bildnachweise

Titelseite (von oben links im Uhrzeigersinn): Xing Liu, Bürgerforum Kassel, Stefanie Herkelmann, Bürgerforum München, Ibo Peters, Bürgerforum Leipzig (alle IKU GmbH)

S. 12: Xing Liu, IKU GmbH, Bürgerforum Kassel

S. 13 und S. 14: Stefanie Herkelmann, IKU GmbH, Bürgerforum München und Bürgerforum Düsseldorf

S. 14: Sahra Franz, IKU GmbH, Bürgerforum Nord

S. 16: Anja Gerhartz, IKU GmbH, Beratungsnetzwerk